

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. November 2010
– Drucksache 14/7255**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2004 des Rechnungshofs zur Landeshaus-
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-
haltsjahr 2002**

**– Beitrag Nr. 5: Einheitliches Personalverwaltungssys-
tem und Führungsinformationssystem
Personal**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 29. November 2010 – Drucksache
14/7255 – Kenntnis zu nehmen.

07. 07. 2011

Der Berichterstatter:

Manfred Hollenbach

Der Vorsitzende:

Guido Wolf

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache
14/7255 in seiner 2. Sitzung am 7. Juli 2011.

Der Berichterstatter verwies auf einige Feststellungen, die der Rechnungshof im Beitrag Nr. 5 der Denkschrift 2004 getroffen hatte, und fügte hinzu, inzwischen habe sich vieles verändert. Der Finanzausschuss und die zuständigen Verwaltungen hätten sich wiederholt mit dem aufgerufenen Thema befasst. Durch den vorliegenden Bericht der Landesregierung könne dieser Beratungsgegenstand nun abgeschlossen werden.

Das größte Hindernis im Hinblick auf eine einheitliche Verwaltung von Perso-
naldaten nach dem sogenannten DIPSY-Verfahren habe darin gelegen, dass im

Ausgegeben: 22.07.2011

1

Hochschulbereich ein anderes Personalverwaltungssystem eingesetzt werde. Mittlerweile scheine eine Lösung gefunden worden zu sein, doch sei sie noch nicht ganz in die Praxis umgesetzt.

Die Landesregierung schreibe in ihrem Bericht:

Die Programmierarbeiten einer automatisierten Datenübertragung von den Hochschulen zum LBV wurden inzwischen abgeschlossen.

Allerdings führe die Landesregierung nicht explizit an, ob und gegebenenfalls in welcher Form der Echtbetrieb bereits laufe. Ihn interessiere diesbezüglich der aktuelle Sachstand.

Der Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft gab bekannt, derzeit seien drei Hochschulen im Probetrieb angeschlossen. In der zweiten Jahreshälfte solle eine Ausdehnung in die Fläche erfolgen.

Eine Vertreterin des Rechnungshofs unterstrich, auch der Rechnungshof sähe keinen Sinn darin, die Landesregierung um einen weiteren Bericht zu bitten. Nach Ansicht des Rechnungshofs müsse die Schnittstellenproblematik noch klar gelöst werden. Der Rechnungshof beabsichtige, da nach wie vor keine Lösung bestehe, mit der er zufrieden wäre, das Staatliche Rechnungsprüfungsamt Stuttgart mit einer erneuten Prüfung zu beauftragen.

Ohne formelle Abstimmung verabschiedete der Ausschuss die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 14/7255, Kenntnis zu nehmen.

20. 07. 2011

Manfred Hollenbach